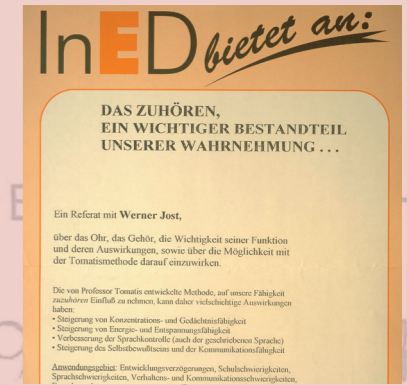
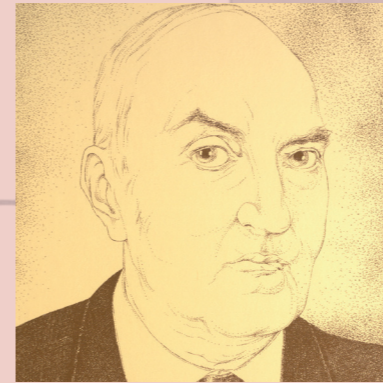


2021188

Empfänger (genaue Anschrift)

Förderungswerk V.o.E

Konto-Nr. des Empfängers bei (Sparkasse usw.) - oder ein anderes Konto des Empfängers \*)



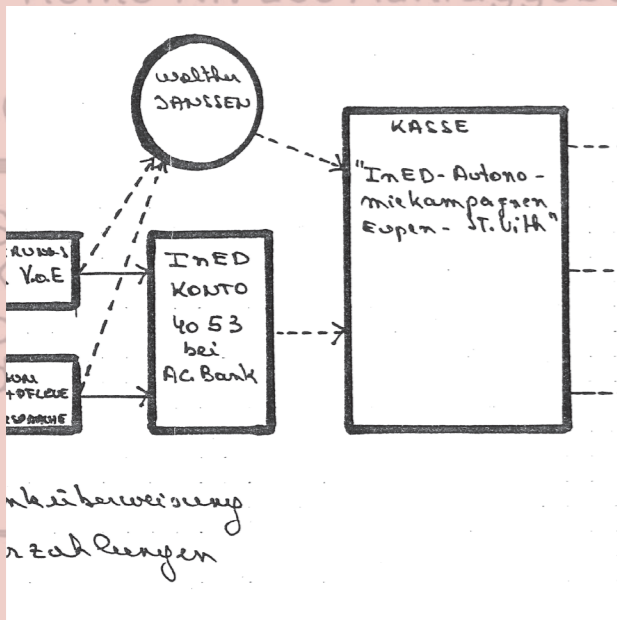
# DIE HERMANN-NIERMANN-AFFÄRE ALS MEDIENEVENT OSTBELGISCHE KATHARSIS?

VON ANDREAS FICKERS

Wahlpropaganda

22.000,--

Konto-Nr. des Auftraggebers Auftraggeber



Im Sommer des Jahres 1987 ereignet sich eines der spektakulärsten Medienereignisse in der jüngeren Zeitgeschichte Ostbelgiens. Der überraschende Rücktritt von Lorenz Paasch als Sankt Vith Schöffe und sein beruflicher Wechsel als Geschäftsführer der in Düsseldorf angesiedelten Hermann-Niermann-Stiftung inspiriert BRF-Journalist Freddy Derwahl zu einer folgenschweren Spekulation über eine angebliche Nachbarschaft der Stiftung zu rechtsradikalen Kreisen. Die „Niermann-Affäre“ sorgt national und international für Aufregung, provoziert in Ostbelgien eine hitzige Debatte über PDB-Parteispenden und weckt längst totgegläubte Gespenster der Vergangenheit zu neuem Leben.

Mit der Übernahme der St. Vith Zeitung durch das Grenz-Echo 1965 und der Unterstellung des Belgischen Hörfunks (BHF) unter den Rundfunkausschuss des neu gegründeten Rates der deutschen Kulturgemeinschaft im Juli 1973 hatte sich die Medienlandschaft Ostbelgiens nach den turbulenten Jahren der heißen Autonomiedebatten weitestgehend konsolidiert. Konsolidierung hieß in diesem Fall auch Konzentration des Medienangebots: Einer privat finanzierten deutschsprachigen Zeitung stand ein von der öffentlichen Hand getragener deutschsprachiger Radiosender gegenüber. Die Quasimonopolstellung<sup>1</sup> des Grenz-Echos und des BHF, 1977 umbenannt in BRF (Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum für deutschsprachige Sendungen), wurde erst Anfang/Mitte der 1980er Jahre gebrochen. Zum einen durch das Erscheinen des Grenzland-Reports (1983-1994),<sup>2</sup> der Raum für parteipolitisch unabhängigen und kritischen Journalismus bot und so für frischen Wind in der statischen Medienlandschaft Ostbelgiens sorgte. Zum anderen durch das Aufkommen sogenannter freier Radiosender, die im Zuge veränderter Rundfunkgesetzgebungen ab Ende der 1970er Jahre in ganz Westeuropa auftauchten und auch den euregionalen Rundfunkraum prägen sollten.<sup>3</sup> Unter ihnen auch die von der Hermann-Niermann-Stiftung geförderten Sender „Radio Aktivität“ in Eupen und „Radio Hermann“ in Sankt Vith.

In den langen 1960er Jahren spielten ostbelgische Presse- und Rundfunkorgane eine zentrale Rolle als öffentliche „Resonanzkästen“ der Bemühungen um den schrittweisen Ausbau der kulturellen wie politischen Autonomie.<sup>4</sup> Im Zuge der sogenannten Hermann-Niermann-Affäre, so die These dieses Beitrags, agierten die Medien und einzelne journalistische Akteure nicht nur als Verstärker einer öffentlichen Debatte, sondern auch als Auslöser und zentrale Protagonisten einer Affäre, deren Eigendynamik so groß war, dass sie sich zu einem nationalen Medienevent mit weitreichenden Folgen für die politische Kultur Ostbelgiens entwickelte. Mit dem Aufkommen digitaler Informationsplattformen und dem Aufstieg des Internets zum Leitmedium der globalen Kommunikationsinfrastruktur fand schließlich der auf Social-Media-Logik basierende Echtzeit-Journalismus Eingang in Ostbelgien, wofür beispielhaft die Erscheinung der Online-Plattform „Ostbelgien Direkt“ steht, die 2012 mit dem Motto „Für Vordenker, Querdenker und Nachdenker“ an den Start ging.<sup>5</sup>

Im vorliegenden Beitrag soll es aber nicht um eine Historisierung der allgemeinen Entwicklung der Medienlandschaft und ihrer zentralen Akteure gehen. Im Mittelpunkt steht die Aufarbeitung eines, ja vielleicht des Medienevents in der jüngeren Zeitgeschichte Ostbelgiens: der sogenannten Hermann-Niermann-Affäre. Es geht also weder um die historische Rekonstruktion der 1977 gegründeten und bis heute aktiven gemeinnützigen Hermann-Niermann-Stiftung (HNS)<sup>6</sup>, noch um die Analyse der von ihr nach Ostbelgien geflossenen Mittel zur Unterstützung der „deutschen Minderheit“ in Belgien in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren. Zu beidem bietet der 1997 veröffentlichte und 376 Seiten starke „Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung“ des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ausführliche Details.<sup>7</sup> Wie der Titel des Kapitels andeutet, geht es stattdessen darum, die Hermann-Niermann-Affäre aus medienhistorischer Perspektive zu analysieren. Dies mit der erkenntnisleitenden Fragestellung, ob sich dieses mediale Ereignis als Ausdruck eines kollektiven, soziopsychologischen Läuterungsprozesses deuten lässt, in dem sich die ostbelgische Öffentlichkeit den Dämonen der Vergangenheit stellen musste. Im Einklang mit der in der Einleitung des vorliegenden Bandes formulierten Hypothese, dass sich die Nachkriegsgeschichte Ostbelgiens analytisch gewinnbringend als eine Geschichte der Auseinandersetzung mit spezifisch ostbelgischen Ängsten erzählen lässt, wird also die Frage gestellt, ob die Niermann-Affäre als Chiffre für die ostbelgische Vergangenheitsangst gelesen werden kann, also als letztlich ungewollte aber unausweichliche Auseinandersetzung mit den damals noch unverdauten Erfahrungen der Zwischenkriegs- und Weltkriegszeit.

### Die Bombe platzt

„Aussteiger des Jahres“ und „Junge, komm bald wieder“ – so überschrieb Grenz-Echo-Journalist Norbert Meyers am 12. August 1987 zwei Artikel, die einer verduztten Leserschaft den unmittelbaren Rücktritt des Sankt Vither Schöffen Lorenz Paasch von seinem Amt verkündeten.<sup>8</sup> Der Reporter konnte seine eigene Überraschung über den von Paasch verkündeten „Berufswechsel vom Werelsbach an den Niederrhein“ kaum verbergen und orakelte, dass „der wegen seines Sachverständes, seiner Gründlichkeit und seiner Redegewandtheit vom politischen Gegner gleichermaßen gefürchtete wie geachtete Kontrahent“ wohl kaum von

der ostbelgischen Politikbühne verschwinden werde; nicht zuletzt deshalb, weil er sein Mandat im RDG nicht aufzugeben gedenke. Wie recht er haben sollte!

Was nach einer auch für Parteifreunde und Bekannte überraschenden beruflichen Neuorientierung aussah, für die Lorenz Paasch in einer Pressekonferenz und mehreren Stellungnahmen in der Presse Gründe und Motivationen vorbrachte, entwickelte sich in den Folgetagen zu einem nationalen Medienhype, dessen Ausmaß und Intensität für großes Erstaunen, bei vielen gar für Entsetzen sorgte. Die Lunte gezündet hatte BRF-Journalist Freddy Derwahl, der in einem Bericht für die „Aktuelle Stunde“ vom 21. August über die „neue Nachbarschaft“ spekulierte, in der sich Lorenz Paasch als frisch ernannter Geschäftsführer der Hermann-Niermann-Stiftung in der „Düsseldorfer Deutschlandstraße“ bewege.<sup>9</sup> Einen Tag später legte Derwahl nach. In seiner Funktion als samstäglicher Leitartikler im Grenz-Echo betitelte er seinen Leitartikel mit „Der ‚Onkel Hermann‘“ und beklagte das „schlimme Schweigen über die politische Dimension“ des neuen Jobs von Lorenz Paasch: „Das Geheimnis um den in PDB-Kreisen als ‚Onkel Hermann‘ bezeichneten Millionenspende aus dem Tessin beginnt sich zu lüften und es ist zu befürchten“, so unkte Derwahl, „dass dabei im In- und Ausland kein gutes Licht auf Ostbelgien fällt. Alte Ressentiments werden wieder belebt“.<sup>10</sup>

Schon am Abend nach der Ausstrahlung von Derwahls BRF-Bericht in der „Aktuellen Stunde“ hatte sich Lorenz Paasch telefonisch bei Derwahl gemeldet und sich lauthals über die suggerierte Komplizenschaft zwischen ihm und rechtsradikalen Milieus beschwert, worauf sich Derwahl entrüstet über die Art und Weise der von Paasch angeschlagenen Töne zeigte, welche er als „SA-Verhör“ beschrieb.<sup>11</sup> Wenige Tage später landete die Angelegenheit auf den Schreibtischen des BRF-Chefredakteurs Peter Moutschen sowie des Verwaltungsratsvorsitzenden Robert Nelles. In einem sechsseitigen Schreiben, in dem Lorenz Paasch sich empört darüber beschwerte, dass er von Derwahl als „Neonazi“ und „Rechtsextremist“ bezeichnet worden sei, forderte Paasch, folgende Richtigstellung in den Hauptnachrichten des BRF zu veröffentlichen:

„Die gegen Lorenz PAASCH, Spitzenpolitiker der PDB und seit 1. August Geschäftsführer der ‚Hermann Niermann Stiftung‘ in Düsseldorf, vom Journalisten

## Der »Onkel Hermann«

VON FREDDY DERWAHL

Spricht man in diesen Tagen mit besonnenen Anhängern der PDB, so wird die Entscheidung ihres Spitzenkandidaten Lorenz Paasch sein St. Vither Schöffenamt niederzulegen, in Düsseldorf Geschäftsführer einer bislang unbekanntes Niermann-Stiftung zu fungieren und zugleich, mit Eupener Wohnsitz, Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu bleiben als »irrational« oder »Kurzschlußhandlung« kommentiert. Nach den erheblichen Stimmenverlusten im letzten Jahr macht sich in der einst so wackeren Partei Resignation breit. Aber, wenn das nur alles wäre.

Unterdessen hat Paasch durch sein schlimmes Schweigen über die politische Dimension seines neuen Jobs für weitere Unruhe gesorgt und alle diejenigen in Brüssel und Ostbelgien, die seit Jahren besorgt nach den Querverbindungen und finanziellen Möglichkeiten der PDB und der ihr nahestehenden Organisationen fragen, sehen sich heute in ihren Befürchtungen bestätigt, daß hier so manches im argen liegt und die hartnäckige Verschwiegenheit des neuen Geschäftsführers, der sonst so lautstark Durchsichtigkeit und berufliche Vereinbarkeiten forderte, nur dazu dient, der Öffentlichkeit unbenedene Einblicke vorzuenthalten.

Weiß Gott: Lorenz Paasch hat bei all seinen beruflichen und politischen Fähigkeiten sicherlich das Recht, auch einmal das Handtuch zu werfen und anderweitig Beförderungen anzustreben. Nur ausschließlich seine Privatsache, wonach niemand zu fragen und sein Hinweis, die von ihm geführte Stiftung verfolge »kei-

ne politischen Ziele« zieht nicht mehr, wenn plötzlich aus den Archiven über deutschen Rechtsextremismus so bedenklich schillernde Figuren wie der von Journalisten als »Geldwäscher« bezeichnete Brigadegeneral Freiherr v.d. Heydte und der in Wien als »Neonazi« klassierte Dr. Norbert Burger auftauchen, der, bevor er in Österreich auf freiem Fuß lebte, in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt war.

Das Geheimnis um den in PDB-Kreisen als »Onkel Hermann« bezeichneten Millionenspende aus dem Tessin beginnt sich zu lüften und es ist zu befürchten, daß dabei im In- und Ausland kein gutes Licht auf Ostbelgien fällt. Alte Ressentiments werden wieder belebt, wobei bislang nur die Spitze des Eisbergs sichtbar wurde und noch gar nicht geklärt ist, weshalb Paasch sich so sehr in Schweigen hüllt und selbst der Ined-Schatzmeister nicht wissen durfte, wer der spendable »Onkel« eigentlich war...

Noch bevor dies alles gründlich erörtert ist, steht neuer Ärger ins Haus. Im Stille sanfter Radikalisierung will PDB-Ratsmitglied Dr. Scholzen eine öffentliche Diskussion über die Französische Schule in Eupen erzwingen und sich somit in die Privatentscheidungen der Eltern und Gastarbeiter einmischen. Obendrein läuft die Parteiaktion zugunsten einer eigenen Fahne, einer Hymne und eines Wappens für die Deutschsprachigen.

Nachdem was man aus Deutschland von »Onkel Hermann« hört, besteht in Ostbelgien Anlaß lauter denn je die »Brabançonne« zu singen...

Der „Onkel Hermann“, Leitartikel von Freddy Derwahl im Grenz-Echo, der die Spekulationen um die angeblich rechtsradikale „Nachbarschaft“ des Lorenz Paasch als Geschäftsführer der Hermann-Niermann-Stiftung weiter anfeuerte.



Die BRF-Reportage von Freddy Derwahl vom 21. August 1987 löste eine Flut von spekulativen Presseartikeln im Inland aus. Anbei eine kleine Auswahl von Beiträgen mit provokativen Überschriften, die von den Verdächtigten als verleumderisch und hexenjägerisch verurteilt wurden.

Freddy Derwahl im BRF erhobenen Vorwürfe des Rechtsextremismus und Neonazismus sind unbegründet. Der Journalist F. Derwahl und der BRF nehmen diese Behauptungen zurück, die zu einer nationalen Pressekampagne gegen Lorenz Paasch führten und diesem ungerechtfertigt großen Schaden zufügten.<sup>12</sup>

Tatsächlich hatte die „Niermann-Affäre“ – die Angelegenheit wurde bereits nach wenigen Tagen als solche in der Presse titulierte – es innerhalb weniger Tage nach der Ausstrahlung des BRF-Berichts vom 21. August in sämtliche Medien des Inlandes geschafft. Die Überschriften sprechen für sich:

„Climat malsain en Communauté germanophone. La P.D.B. est-il proche de l'extrême droite allemande?“ (La Libre Belgique, 26.8.1987)

„Le parti des Belges de langue allemande lié à l'extrême droite allemande et autrichienne?“ (Le Soir, 27.8.1987)

„Des loups nazis dans la bergerie germanophone?“ (La Libre Belgique, 27.8.1987)

Dass auch die nationale Presse so auf das Thema ansprang, hatte vermutlich mit der allgemeinen Sensibilität für das Thema Rechtsradikalismus zu tun. Parteigründungen wie die der Nationaldemokratischen Partei in Österreich (1967, 1988 verboten), des Front National pour l'Unité Française in Frankreich (1972), des Vlaams Blok in Belgien (1978) oder der Republikaner in der Bundesrepublik Deutschland (1983) hatten europaweit die Angst vor dem (Wieder-)Aufkommen rechtsradikalen, ausländergefeindlichen und antisemitischen Gedankenguts geschürt.<sup>13</sup> Auch RTL und RTBF berichteten, und es dauerte nicht lange, bis alle Nerven blank lagen. Im Grenz-Echo vom 25. August forderten CSP und PFF „lückenlose Aufklärung“. Die Verbindungen der PDB-Politiker zu rechtsextremen Kreisen „drohen dem Ansehen unserer Gemeinschaft im In- und Ausland zu schaden“. „Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren“, so CSP-Regionalpräsi-

dent Johann Haas und Fraktionsführer Albert Gehlen in einer gemeinsam unterzeichneten Stellungnahme, „denn unsere jüngste Vergangenheit hat gezeigt, wo so etwas hinführen kann“.<sup>14</sup> In einer ersten Zwischenbilanz des BRF-Chefredakteurs Peter Thomas vom 10. September hieß es in gewohnt nüchternem Ton:

„Wo Journalisten sonst mit steter Regelmäßigkeit das Monster von Loch Ness entdecken oder bestenfalls über Vertreter seltener Berufe berichten, platzte in diesem Jahr in Ostbelgien eine Bombe. Keine mit weltbewegenden Ausmaßen zwar, immerhin eine, die die Öffentlichkeit aus der trägen Verstimmung über den nicht stattgefundenen Sommer wachrüttelte. [...] Landesweit hat der Wirbel um die Affäre dem Ansehen der deutschsprachigen Belgier mit Sicherheit schweren Schaden zugefügt. [...] Aber auch in Ostbelgien macht sich das Gefühl breit, dass die historischen Auseinandersetzungen der zwanziger und dreißiger Jahre wieder aufleben und das politische Klima auf Dauer vergiften könnten. Eine Versachlichung der Diskussion – ohne irgendwas unter den Teppich zu kehren – tut not“.<sup>15</sup>

Doch dafür schien es schon zu spät. Die Büchse der Pandora war geöffnet und die Geister der Vergangenheit entwichen. Das „Klima ist vergiftet“, so brachte es Grenzland-Report Chefredakteur Gerard Cremer am 4. September passend auf einen Nenner.<sup>16</sup>

Für eine sachliche Auseinandersetzung hätte es einer kritischen Selbstdistanz bedurft, die in der aufgeladenen Atmosphäre weder aufseiten der Journalisten noch aufseiten der politischen Akteure vorhanden war. Zu sehr riss die Niermann-Affäre alte Wunden auf, zu radikal verwob sie Fragen der ideologischen Verortung einer Partei (der PDB) mit Fragen der Rechtschaffenheit und deontologischen Verantwortung von Journalisten, der juristischen wie moralischen Problematik von Parteispenden aus dem Ausland sowie opportunistischen machtpolitischen Kalkülen der CSP und der PFF. Die Weigerung seitens der PDB, die jahrelangen Geldflüsse der Hermann-Niermann-Stiftung an die Partei und ihr nahestehende Institutionen wie das InED<sup>17</sup> in aller Transparenz offenzulegen (von Derwahl genüsslich als „verräterisches Schweigen“<sup>18</sup> ausgeschlachtet), und die rhetorische Selbststilisierung als „Opfer von Hexenjägern“<sup>19</sup> führten unweigerlich zu einer kommunikativen Frontstellung, in der für besonnene Töne kein Platz mehr war.<sup>20</sup> Vor

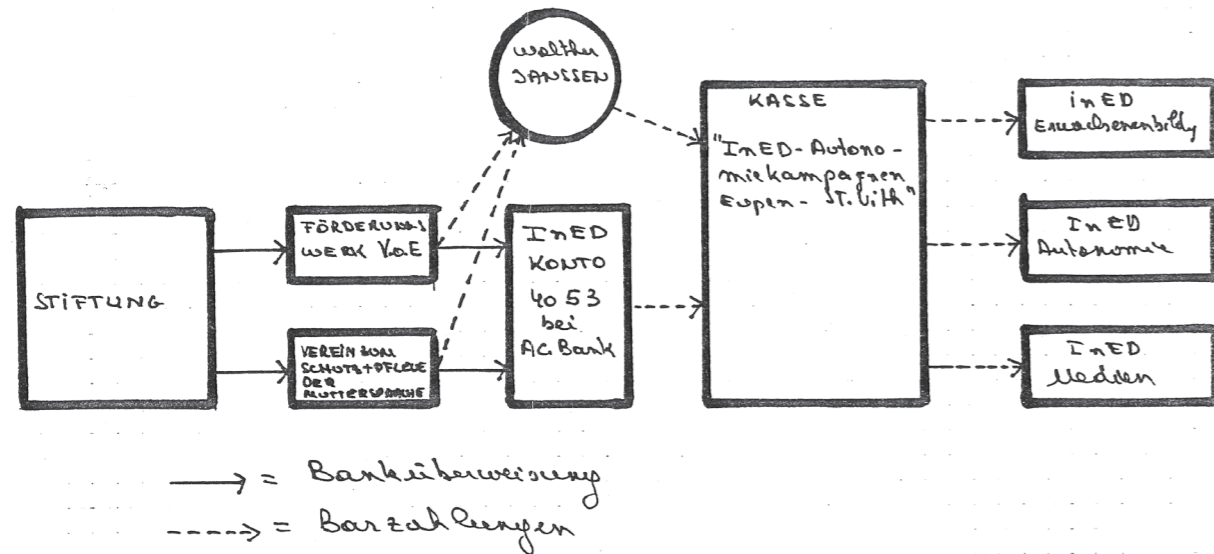


Das „Klima ist vergiftet“, so titelte der Grenzland Report vom 4. September 1987. Kurze Zeit nach der ersten BRF-Sendung zum Thema Niermann vom 21. August war die Angelegenheit zur „Niermann-Affäre“ ausgewachsen.

allem vonseiten der PFF und CSP wurden nun schwere rhetorische Geschütze aufgeföhren, und die Glaubwürdigkeit der PDB und einiger ihrer Spitzenvertreter moralisch zu untergraben.

Die zahlreichen Leserbriefe zur Niermann-Affäre in diesem ersten Akt des Dramas bieten einen emotionsgeladenen Einblick in die angeschlagene ostbelgische Seelenlage. Während Freddy Derwahl in seiner umstrittenen Rolle als hauptamtlicher BRF-Journalist und Berater des Verwaltungsrates sowie samstäglicher Leitartikler des Grenz-Echos immer wieder Öl ins Feuer goss („die Geheimbündler der PDB-Spitze haben ihre Anhänger erneut in die Heimatlosigkeit getrieben: wem sollen sie jetzt noch glauben“<sup>21</sup>), positionierte sich die Parteisoldaten der PDB, allen voran Bruno Kartheuser, als Verteidiger der Ehrenhaftigkeit ihres Parteifreundes Lorenz Paasch und bemühten sich nach Kräften, die journalistische Redlichkeit von Freddy Derwahl zu untergraben:

„Nein, du lügst! (3x). Wem sollen sie jetzt noch glauben‘ fragst Du ängstlich besorgt. Eines ist klar: Dir und Deiner Drecksschleuder nicht mehr. [...] Also weitermachen, Freddy! Gut Schlamm.“<sup>22</sup>



Die Gelder aus dem Stiftungsvermögen von Hermann Niermann gelangten über abenteuerliche Wege nach Ostbelgien. Als zentraler Verbindungsmann fungierte HNS-Kuratoriumsmitglied Walther Janssen, der die auf ein Aachener Konto überwiesenen Gelder meist bar an die diversen Empfänger auszahlte.

### Sturm im Wasserglas?

Während sich die öffentliche Debatte weiter zuspitzte, heckte man aufseiten der PDB einen medienpolitischen Schachzug aus, der das Blatt einer rhetorisch an den rechtsradikalen Rand gedrückten und zur öffentlichen Beichte gezwungenen Partei wenden sollte. Angriff ist noch immer die beste Verteidigung, dies dachten wahrscheinlich auch Lorenz Paasch und Joseph Dries, als sie am 5. September zu einer Pressekonferenz nach Sankt Vith einluden. Zu ihr waren außer dem RTBF-Fernsehen Vertreter der wichtigsten nationalen Presseorgane erschienen – mit Ausnahme der Libre Belgique, deren Journalist Louis Maraite als zentraler Katalysator von Derwahls Berichten in der französischen Presselandschaft fungiert hatte. „Lorenz Paasch im Gegenangriff“, so titelte auch das Grenz-Echo am Folgetag.<sup>23</sup> In allen drei Landessprachen rechneten Paasch und Dries mit der „Verleumdungskampagne“ von Freddy Derwahl ab und luden die anwesenden Journalisten anschließend zu einer Busfahrt zu den verschiedenen vom InED dank Niermann-Geld unterstützten Kultureinrichtungen ein. Mitglieder der Agora, des Kreativen Ateliers Neundorf, der Krautgartenredaktion und von Radio Hermann standen den Journalisten Rede und Antwort, was Aktivitäten und Finanzierung angeht. In einer am gleichen Tag ausgestrahlten Stellungnahme für den BRF wies Lorenz Paasch darauf hin,

„dass ein Journalist, und besonders ein Journalist aus dem deutschen Sprachgebiet, äußerst vorsichtig sein muss, wenn er in irgendeiner Form das Phantom, das Gespenst des Neo-Nationalsozialismus überhaupt heraufbeschwört [...] denn er weiß ja wohl, und der Fall Johann Weynand aus der Vergangenheit hat ja wohl gezeigt, dass man mit solchen Dingen verdammt vorsichtig umgehen muss“.<sup>24</sup>

Gegenwind für Derwahl kam aber nicht nur von PDB-Getreuen und InED-Freunden, sondern auch aus den eigenen Reihen – vor allem vom BRF-Kollegen Martin Steins. Noch vor der Pressekonferenz in Sankt Vith hatte Steins am 2. September einen Sendebeitrag mit dem Titel „Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre“ vorbereitet, in dem er hart mit Derwahl ins Gericht ging. Nach Verweis darauf, dass der bundesdeutsche Verfassungsschutz keine Veranlassung sehe, der Hermann-Niermann-Stiftung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, Gemeinschaftsminister Mathieu Grosch Paasch daraufhin einen Persilschein ausgestellt habe und Presseorgane wie La Meuse mit Titeln wie „Le PDB et l'extrême droite allemande: beaucoup de bruits et peu de faits“ aufgewartet hätten, erweise sich die angebliche Affäre als „Sturm im Wasserglas, der leider vom

BRF orchestriert und in Szene gesetzt worden ist“.<sup>25</sup> Brisant war vor allem Steins „Enthüllung“ der Beteiligung Freddy Derwahls als Autor an einem 1981 vom Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) herausgegebenen Band mit dem Titel „Wege und Wandlungen. Die Deutschen in der Welt heute“. In diesem Werk fanden sich neben Derwahls Beitrag auch zwei Artikel von Heinz Schillings und Walther Janssen, die zu zentralen Autoren des deutschtümeligen „Wegweisers“ in Ostbelgien gehörten.<sup>26</sup> Steins Bericht endete mit einer rhetorischen Spitze:

„Man wird also demnächst Enthüllungen des BRF- und Grenz-Echo-Journalisten Freddy Derwahl zu Themen, die mit der extrem-rechten Szene zu tun haben, mit einiger Vorsicht begegnen müssen, wenn man bedenkt, dass derselbe sich nicht scheut neben Publizisten wie Heinz Schillings und Walther Janssen in einem Buch zu erscheinen, das in puncto deutschsprachiges Ostbelgien mit einer Terminologie operiert, die hierzulande von allen Parteien, auch von der PDB, stets und konsequent abgelehnt worden ist.“<sup>27</sup>

Wie angespannt die Lage innerhalb des BRF war, zeigt auch folgender Vorfall: Auf der besagten Pressekonferenz

am 5. September 1987 in Sankt Vith sagte Lorenz Paasch, dass er nicht den Kopf von Derwahl fordere, sondern eine Wiedergutmachung, worauf Steins laut und deutlich „dammage“ gerufen habe! Für diesen Zwischenruf musste sich Steins wenige Tage später bei BRF-Direktor Moutschen verantworten, der seinen Chefredakteur Peter Thomas am 9. September aufforderte, von Steins eine schriftliche Stellungnahme einzufordern.<sup>28</sup> Tatsächlich hatte Steins im Anschluss an die Pressekonferenz auch das Sendemanuskript „Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre“ an eine Handvoll Journalistenkollegen mit Verweis auf „Zensurpraktiken“ beim BRF verteilt, da der Redakteur vom Dienst Paul Maraite dieses am 2. September nämlich nicht zur Ausstrahlung freigegeben hatte. Daraufhin wendete sich Derwahl mit einem Schreiben an Direktor Moutschen und ließ seiner Empörung über den Zwischenfall freien Lauf:

„Ganz abgesehen davon, dass ich persönlich in dem beanstandeten Text ohne Rückfrage als BRF-Journalist von einem Kollegen öffentlich verleumdet werde, muss es als besonders gravierend betrachtet werden, dass hier ein Mitglied unseres Personals heimtückisch versucht, das eigene Haus zu beschmutzen.“<sup>29</sup>

2021188

Durchschrift für Auftraggeber

Empfänger (genaue Anschrift)	Bankleitzahl
Förderungswerk V.o.E.	390 400 13
Konto-Nr. des Empfängers bei (Sparkasse usw.) - oder ein anderes Konto des Empfängers*)	
3022787 Commerzbank Aachen	
Verwendungszweck (nur für Empfänger)	DM
Verwendung: Wahlpropaganda	22.000,--
Konto-Nr. des Auftraggebers	Auftraggeber
Gemeinnützige Hermann-Niermann-Stiftung-Düsseldorf	

\*) Soll die Überweisung auf ein anderes Konto ausgeschlossen sein, so sind die Worte „oder ein anderes Konto des Empfängers“ zu streichen.

28.10.1981 Datum

Hermann-Niermann-Stiftung Unterschrift

Neu schreiben statt Wahlpropaganda Öffentlichkeitsarbeit

Zu Anfang der Niermann-Affäre leugneten die PDB-Verantwortlichen die Tatsache, dass die PDB Mittel der HNS für Wahlkampfzwecke erhalten und benutzt habe. Dies war gelogen, wie diese Kopie eines Überweisungsformulars der HNS an „Förderungswerk V.o.E.“ über 22.000,- DM beweist, auf der als Verwendung eindeutig „Wahlpropaganda“ angegeben wurde.

In einem handschriftlichen Vermerk von Walther Janssen auf einem Überweisungsformular 23. Juli 1982 heißt es: „Neu schreiben; statt Wahlpropaganda Öffentlichkeitsarbeit“!



»Bruderzwist«  
beim BRF

Obwohl Direktor Moutschen und der Verwaltungsratsvorsitzende Nelles versuchten, die internen Spannungen im BRF durch Moderationsversuche zu entschärfen, wurden die internen Querelen durch einen Scoop im Grenzland-Report öffentlich. „Bruderzwist beim BRF – M. Steins kontra F. Derwahl“, so war auf der Titelseite des Grenzland-Reports vom 18. September zu lesen.

Tatsächlich sorgte die Auseinandersetzung zwischen den beiden BRF-Journalisten innerhalb der Redaktion, dem Verwaltungsrat und dem Ständigen Ausschuss in den kommenden Monaten für erhitze Diskussionen über Fragen der deontologischen Verantwortung, Meinungsfreiheit und professioneller Diskretion von öffentlich-rechtlichen Journalisten und endete letztlich „wegen besonders schweren Verfehlungen“ (Moutschen) mit einer Disziplinarmaßnahme für Steins, der für zwei Monate vom Hauptjournalisten zum Journalisten degradiert wurde.<sup>30</sup> Dies war ein schwerer Schlag für Steins, der sich vehement gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zur Wehr gesetzt hatte und sich als Opfer eines persönlichen Rachefeldzugs des BRF-Direktors Peter Moutschen sah.<sup>31</sup> Vor allem die Doppelfunktion von Derwahl als hauptamtlichem BRF-Journalisten



**Die Niermann-Affäre spaltete nicht nur die ostbelgische Öffentlichkeit, sondern sorgte auch innerhalb des BRF für große Spannungen, vor allem zwischen den Journalisten Freddy Derwahl und Martin Steins, die sich wie „Katz und Hund“ gegenüberstanden.**

Derwahl wurde in letzter Minute für den Vorsitzenden des BRF-Vorstandes ernannt. Er gehörte und gehörte in der Öffentlichkeit als Journalist zu den bekanntesten Namen der ostbelgischen Medienlandschaft. Derwahl war ein Mann, der sich für die Anliegen seiner Leser stark einsetzte, ja sich nicht scheute, die Interessen der Bürger zu vertreten. In der Niermann-Affäre wurde er von Steins öffentlich angegriffen. Steins behauptete, Derwahl würde die Interessen der Parteimitglieder in den Hintergrund stellen und sich nur um die eigenen Interessen kümmern. Die Niermann-Affäre führte zu einer tiefen Kluft zwischen den beiden Journalisten. Derwahl wurde von Steins als „Katz und Hund“ bezeichnet, was die Unvereinbarkeit ihrer Positionen verdeutlichte.

**Showdown am Kaperberg**

War die kontroverse Debatte über die Spendenaffäre der PDB über Wochen vor allem in der lokalen Presse und im Rundfunk ausgetragen worden, kam es nach der Sommerpause am 1. Oktober 1987 zu der lang erwarteten politischen Debatte zur Niermann-Affäre im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Rahmen einer aktu-

ellen Fragestunde stand das Thema ganz oben auf der Agenda, und der BRF berichtete im Rahmen einer Sondersitzung live über die Debatte, die sich bis ein Uhr nachts hinziehen sollte und damit die bis dato längste Plenarsitzung in der Geschichte des RdK/RDG war. Die neun Tonbänder, auf denen die Sitzung aufgezeichnet ist, geben die aufgeladene Stimmung und hoch emotionale politische Auseinandersetzung wieder.<sup>32</sup>

Eröffnet wurde der Reigen mit PFF-Fraktionssprecher Alfred Evers, dessen gezielt provokante Rede den Ton für den restlichen Abend vorgeben sollte. Evers' Strategie war klar: zum einen, die nur zögerlich publik gemachten und zudem widersprüchlichen Aussagen der PDB zum Geldfluss von der Hermann-Niermann-Stiftung an die Partei sowie parteinahe Einrichtungen als Zeichen dafür zu deuten, dass die PDB etwas zu verstecken versuche, was aber nun mit aller Transparenz aufgeklärt werden müsse; zum anderen, die identitätspolitische Rhetorik der PDB zu entlarven, die darauf abziele, die Zugehörigkeit zur deutschen Kulturnation durch Begrifflichkeiten wie „Deutschbelgier“ und „Deutschostbelgien“ zum Ausdruck zu bringen. Die leidige Frage „deutsch“ oder „deutschsprachig“ sollte sich wie ein roter Faden durch die Parlamentsdebatte ziehen und erinnerte in erschreckender Weise an die Namensgebungsdebatte im Jahr 1980! Als sich Evers, der seine Redezeit um das Mehrfache überschritten hatte, der PDB-Fraktionsvorsitzende Gerhard Palm das Wort ergriff, ging dieser hart mit dessen „Schmutzkampagne“ ins Gericht. Zentraler Adressat von Palms Rede war aber die CSP, der er unterstellte, die Niermann-Affäre gezielt inszeniert zu haben, um der „PDB den entscheidenden Schlag zu versetzen“. „Das Gift ist verspritzt“, so Palm, „und wir können jetzt unser Ehrenwort geben, eine eidesstattliche Erklärung abgeben, wir können auf den Kopf unserer Kinder schwören – das Gift sitzt. Und darauf kam es Derwahl an, und darauf kam es Evers heute Abend an.“ Vor allem nutzte Palm seine Redezeit aber, um die Presselandschaft Ostbelgiens einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Die Monopolstellung des Grenz-Echos und dessen personelle Verflechtung mit dem BRF (Alfred Küchenberg und Freddy Derwahl) sei deontologisch unverantwortbar und die Zensur von Leserbriefen und offiziellen Stellungnahmen im Grenz-Echo ein regelrechter Skandal. Palm sprach die Vermutung aus, dass Grenz-Echo-Herausgeber Küchenberg höchstpersönlich für diese Zensurmaßnahmen verantwortlich zeichnete, allein fehle ihm der Beweis.



**Das krampfhaftes Festhalten der PDB an Begriffen wie „Deutsche Belgier“, „Belgier deutscher Nationalität“ oder „Deutschostbelgier“ sorgte immer wieder für heftige Debatten und auch zu dem Vorwurf seitens politischer Gegner, die „Partei der deutschsprachigen Belgier“ (!!!) treibe ein gefährliches sprachliches und identitäres Verwirrspiel.**

Wie aus dem Nachlass des damaligen Grenz-Echo-Chef-Redakteurs Heinz Warny eindeutig hervorgeht, lag Palm mit seiner Vermutung richtig. Bereits im September 1987 kam es demnach zu einer ersten geschlossenen Unmutsäußerung der Redaktion an den Verwaltungsrat des Grenz-Echos, und Heinz Warny wurde eingeladen, dort die Position der Redaktion zu erläutern. „Meine und die Zu-rechtweisungen der Redaktion an die Adresse von Freddy Derwahl haben jedoch die Kluft zwischen ihm und der Redaktion noch deutlich erweitert“, so Warny im Rückblick.<sup>33</sup> Auch die Art und Weise, in der Alfred Küchenberg die Redaktion zu beeinflussen suchte, indem er etwa „fertige

Texte eigenhändig kürzte“, habe die Redaktionsarbeit schwer belastet.<sup>34</sup> Die Niermann-Affäre war in diesem Sinne nicht nur eine Parteispendenaffäre, sondern auch Symptom einer parteipolitisch infiltrierten bzw. kontrollierten Medienlandschaft, in der einige zentrale Akteure große Macht über die Gestaltung der öffentlichen Meinung ausübten. Genau dies monierte auch SP-Fraktionschef Karl-Heinz Lambertz in seiner Intervention, als er die rhetorische Frage stellte, wie es mit der Pressefreiheit in Ostbelgien aussehe. So äußerte Lambertz mit ironischem Unterton:

*„Ich wäre der letzte, der den Verdacht äußern würde, dass irgendjemand im BRF oder im Grenz-Echo sich beim Präsidenten der CSP die vorherige Genehmigung einholen muß, um Artikel zu veröffentlichen. Da können sie dem Eigentümer des Grenz-Echo, dem bekanntesten CSP-Mitglied Küchenberg schon vertrauen! Das macht er schon an ihrer Stelle. Da brauchen Sie keine Angst zu haben.“<sup>35</sup>*

## Zwischen Zensur und Pressefreiheit

Der hier zum Ausdruck kommende Vorwurf der Zensur bzw. parteipolitischen Einmischung in die Pressearbeit des Grenz-Echos war alles andere als neu. Vielmehr bildet er einen festen Topos in der Mediengeschichte Ostbelgiens. Seit seiner Gründung in der Zwischenkriegszeit nahm das Blatt eine klare christlich-konservative Ideologie und parteipolitisch konforme CSP-Linie ein. Diese Position wurde unter Chefredakteur Henri Michel bis zu dessen Pensionierung im Jahr 1965 in aller Offenheit und unhinterfragter Autorität deutlich gemacht,<sup>36</sup> und auch nach Fusion mit der St. Vith Zeitung und der Ernennung von Heinrich Toussaint zum neuen Chefredakteur sollte sich am weltanschaulichen Selbstverständnis des Blattes nichts ändern.

*„Das Grenz-Echo war, ist und bleibt die katholische Zeitung, die im Sinne der vom Konzil vertretenen Auffassung über die christliche Einheit in weitestem Sinne christliches Gedankengut verbreitet. In nationaler Hinsicht wird unsere Zeitung weiterhin wie bisher ihre Aufgabe darin sehen, den belgischen Standpunkt unter Wahrung der besonderen Interessen der ostbelgischen Bevölkerung zu vertreten und zu verteidigen“,*

so hieß es im ersten Leitartikel von Heinrich Toussaint am 1. Dezember 1965.<sup>37</sup>

*Stellungnahme von Bruno Kartheuser und Krautgarten*

## Der Selbstreinigung eine Chance

*St. Vith – Zum Bericht über die Klage der Hermann-Niermann-Stiftung gegen Bruno Kartheuser, Herausgeber des »Krautgartens« (GE vom 27. September, Seite 2), nachfolgend eine ausführliche Stellungnahme von Bruno Kartheuser:*

Immer wieder drängt es die Hermann-Niermann-Stiftung in die Öffentlichkeit. Warum bließ, wo man doch – so behauptet man wenigstens – im Grunde weg möchte von der Vergangenheit und allen Skandalen, die sich im Durskreis der Stiftung und ihrer Manager oder Geldgötzen ereignet haben, zwischen dem Baskenland, Südtirol, Österreich, dem Elsaß, Ostbelgien und Düsseldorf.

Kaum ist der erste Skandalträger Dr. Norbert Burger tot, schmeißt sich wieder aller Verunft der Dr. Erhard Hartung, der von sich behauptet, seine Anstellung sei von Johannes Rau protegiert gewesen, ins Rampenlicht und heimst sich einen Titel wie »Kanzler Kohls braune Socke« in der IG Metall-Zeitung ein.

Jetzt kann also der Eieranz der defensiven Schutzbehauptungen wieder einsetzen. »Nicht gekannt! Nie gesehen! War der auch in der Stiftung? No... kann mich nicht erinnern, aber auf keinen Fall hatte er etwas zu sagen... Das muß bestimmt vor meiner Zeit gewesen sein... Was vier Tote! Und Lebensgefährliche? Was haben wir al- les nicht... Alles schon ge- habt.

Wechsel des Schauplatzes. Als gehe es um das letzte Ge- flicht: laden die Niermänner die Presse ein, um bekanntzu-

geben, nun sei das Maß voll. Nach Derwahl müßten nun auch Kartheuser und Krautgarten nach Canossa.

Man muß dem Hartung wohl die Schlagzeilen geneidet haben. Wie auch schon bei der Anzeige gegen Freddy Derwahl, so äußert sich auch diesmal die tiefe Identitätskrise der Kläger, die wieder einmal Auskunft von einem Belesenen – so scheint es wohl – verlangen: »Wer bin ich, wo steh ich, was tue ich, wie nennt man mich, warum liebt man mich nicht?« Und wenn wir es ihnen erklären, da sie ja bei ihren Sprüchen, ihren Handlungen und ihren Geschäftsverbindungen keinen Spiegel bei sich tragen und nachher nix mehr wissen, dann sind sie beleidigt, fühlen sich beschädigt und wollen man heute nichts. Keinen Sprengstoff, keine Theater- scheuerter, keinen Anwalt nach Anschlägen und Festnahme, keine Sudeschriften, Europa. Vielleicht liegt da der eigene Volksbildung, keine Kinnostühle, Computer, Plakate, Animatoren-schulung, Anzeigengestaltung, Schreibmaschinen, Dachreparaturen, Bücher, Renovierung und Neubau von Gebäuden...

Reden wir also vom Geld, dem Nerv der ganzen Niermänneri. Ohne Geld kriegt man heute nichts. Keinen Sprengstoff, keine Theater- scheuerter, keinen Anwalt nach Anschlägen und Festnahme, keine Sudeschriften, Europa. Vielleicht liegt da der eigene Volksbildung, keine Kinnostühle, Computer, Plakate, Animatoren-schulung, Anzeigengestaltung, Schreibmaschinen, Dachreparaturen, Bücher, Renovierung und Neubau von Gebäuden...

Aber über eines dürfen wir uns keine Illusionen machen: Über das Material wird Einfluß auf Menschen genommen, auf jene, die diese Maschinen

bedienen, auf die Kinder, die die Bücher in die Hand nehmen, auf die Erwachsenen, die die Kurse besuchen, auf Eltern, Lehrer, Dechanten, Lehrer, Kulturarbeit...

Man kauft Gewissen, Seele, Gefühl, Urteil, Handeln. Da liegt der Skandal, das Unhaltbare, das Bekämpfungswürdige der Stifter. Ob Paasch, Dries und Siemke Nazis sind, weiß ich wirklich nicht.

Ich sehe nur zwei Dinge: die saubere Gesellschaft, die sie sich selbst ausgesucht haben und die zerstörerische Wirkung ihres Geldflusses in Ostbelgien.

Im übrigen behaupten die Leute, sie seien ab 87 »Säuberer«. Wovon haben sie denn die Stiftung gesäubert? Von Linksextremisten etwa? Und mit wem haben Paasch, Dries und Siemke vor 1987 herzlich und verschwiegen, zusammen gearbeitet, um illegale PDB-Finanzierung («Autonome-Kommunen») zu organisieren? Etwas mit den Kommunisten in der Stiftung?

Neid scheint auch in der Be- zichtigung durchzuscheinen. Krautgarten verbreite ein bestimmtes Bild Ostbelgiens in Europa. Vielleicht liegt da der eigene Streit und Kulturkampf: daß wir ein anderes Bild vermitteln als die Niermänner, mit ihren Burgers und Hartungs in Südtirol und Österreich, den Bombenanschlägen im Elsaß, wofür die Stiftung den Tätern die Ver- teidigung bezahlt, den erneu- ten Ermittlungen in Südtirol gegen »Ein-Tirol«, den Um- trieben im Baskenland noch zu den Gründers Zeiten.

...Das ist eine Internationale, gegen die die »Grenzwerte« des Krautgartens sich Gott sei Dank abheben. Wir fördern das freie Wort, nicht den völkischen Mißf: die Begegnung in einem multikulturellen und vielsprachigen Europa, nicht den Separatismus und den Nationalismus, unsere Begleiter sind Schriftsteller, Lyriker, Künstler, geistige Pioniere und nicht Bombenterroristen, Altnazis und Nationalisten.

Von den Niermännern unterscheiden uns die Begleiter, die Ziele, die Methoden. Hier das freie Wort, der Diskurs, dort der Schack, die nackte Macht des Geldes, die Skandale, die schrägen Töne.

Gerade die jetzigen Kläger haben bisher jede Öffnung gescheut. Immer wenn sie das Fenster öffneten, stank es aus dem Keller. Auf keine der von mir vorgelegten Fragen habe ich eine Auskunft erhalten.

Daß einer der letzten freien Räume Ostbelgiens jetzt vor Gericht zitiert wird, das freie Wort, wie es von Krautgarten betrieben wurde, ist eine erneute Chance, daß der Bevölkerung etwas dämmern könnte.

Ob Krautgarten verurteilt wird oder nicht, ist nicht ersichtlich. Aber ob die Bevölkerung sich endlich zum Widerstand entschließt, das ist alles entscheidend. Es muß die Würde der autonomen Kultur, die geistige Freiheit der Region in einer Selbstreinigung wie- derhergestellt werden.

Wir hoffen und erwarten, daß alle Betroffenen – auch die »Gestrauchelern« – dazu die moralische Kraft aufbringen.

Für Krautgarten  
Bruno Kartheuser

*angedeutet, teils heimlich, der Nazi-Vorwurf, der an sich eine ganze Bevölkerung traf. Wir noch immer ,les boches', die schmutzigen Deutschen. Dass der CSP-Chef- redakteur Toussaint 1968 die Pressefreiheit mit Füßen trat, zeigt das Ausmaß der Verhinderungen. Er selbst war SA-Mitglied gewesen und hatte sich stillschweigend einer sehr privaten Säuberung unterzogen.“<sup>40</sup>*

Was Derwahl hier als „innere Verfassung Ostbelgiens“ für die 1960er Jahre erinnert, klingt erstaunlich nach der Stimmung während der Niermann-Affäre. Allerdings war Derwahl zu dieser Zeit nicht mehr glühender Anhänger von Gerd Noël und Mitglied der Jung-PFF, sondern hatte die Parteikarte gegen die CSP-Mitgliedschaft getauscht und nutzte bedenkenlos seine politischen Beziehungen, um eigene Meinungen selbst gegen den Widerstand der Grenz-Echo-Redaktion zu veröffentlichen.

Tatsächlich waren es unter Heinrich Toussaint wohl eher PDB-Positionen, die es schwerer hatten, unkommentiert oder ungekürzt ins Grenz-Echo zu schaffen. Im Nachlass des ehemaligen Grenz-Echo-Chefredakteurs Heinz Warny findet sich zahlreiche Korrespondenz seines Vorgängers mit Vertretern der PDB, allen voran mit Parteisekretär Bruno Kartheuser und Gerhard Palm. So teilt Toussaint Bruno Kartheuser in einem Brief vom 30. Oktober 1972 mit, dass der Verwaltungsrat des Grenz-Echos beschlossen habe,

*„dass von Ihnen stammende Texte vorerst nicht angenommen werden können, bevor Sie hinsichtlich Ihrer Beleidigungen keine zufriedenstellende Erklärung abgegeben haben. Die Redakteure des Grenz-Echo, die sich durch Ihre Unterstellungen ebenfalls beleidigt fühlen, haben mich gebeten, Ihnen ihre Empörung zur Kenntnis zu bringen“.<sup>41</sup>*

Kartheusers Schreiben an Toussaint, welches dieser Stellungnahme voranging, ließ in der Tat keine Zweifel darüber aufkommen, was er von den im Grenz-Echo praktizierten Methoden der Zensur hielt:

*„Der blasse Anstand und die angeblich demokratische Gesinnung dürften es einem Chefredakteur verbieten, Leserbriefe nach Belieben zu ,bearbeiten' und zu fälschen. [...] Wenn eine Zeitung selbst in die politische Diskussion eingreift und Stellung bezieht mit SOLCHEN METHODEN, dann ist das für mich ein ernsthaftes Zeichen*

*dafür, dass diese Zeitung nicht frei ist. [...] Ich akzeptiere die Erklärung nicht, es handele sich lediglich um einige Druckfehler. Wie würde der Chefredakteur reagieren, wenn ich mich um einige Buchstaben vertippe, und dabei käme statt ,Chefredakteur' ,Chefmanipulator' heraus?“<sup>42</sup>*

Parteipolitische Einflussnahme auf die Medien in Ostbelgien beschränkte sich aber nicht nur auf das Grenz-Echo, das wie die meisten Presseorgane für jedermann sichtbar und bekannt eine weltanschauliche Position vertrat. Der „Fall Schröder“ hatte die ostbelgische Öffentlichkeit 1970 stark bewegt,<sup>43</sup> und 1984 kam es mit dem „Fall Steins“ zu einem erneuten Zwischenfall. Als RDG-Präsident Manfred Betsch den BRF-Journalisten Dr. Martin Steins in einem öffentlichen Brief an den Präsidenten des BRF-Verwaltungsratsvorsitzenden Heinrich Cremer wüst beschimpfte und disziplinarische Maßnahmen forderte, weil dieser die Opus-Dei-Mitgliedschaft des gerade im Kommunalwahlkampf befindlichen Aachener Oberbürgermeisters Kurt Malangré öffentlich problematisiert hatte, kam es zum Eklat.<sup>44</sup> Betschs öffentliche Attacke – der Brief wurde im Grenz-Echo publiziert, bevor BRF-Verwaltungsratspräsident Cremer ihn auf dem Schreibtisch hatte – sorgte für Entsetzen in der BRF-Redaktion, und selbst Chefredakteur Peter Moutschen, bekanntermaßen kein persönlicher Freund von Steins, stellte sich schützend vor den Journalisten und warf Betsch Amtsanmaßung vor.<sup>45</sup> Besonders perfide an dieser Affäre war, dass das Originalmanuskript der Sendung aus der Redaktion des BRF-Gebäudes entwendet und Betsch in die Hände gespielt worden war! Völlig zu Recht sprach Steins in einer im Grenzland-Report veröffentlichten Stellungnahme von einem Skandal und fragte: „Ist der Rat denn ein Tribunal, das über einen Journalisten Urteil zu fällen hat. [...] Dürfen in diesem Land jetzt von Volksvertretern politische Prozesse inszeniert werden?“<sup>46</sup>

Die von Steins als „Betsch-Affäre“ betitelte Auseinandersetzung wurde den Ratsmitgliedern bei der ersten Niermann-Debatte am 1. Oktober 1987 von Karl-Heinz Lambertz als warnendes Beispiel dafür zitiert, dass die Pressefreiheit unter allen Umständen zu verteidigen sei – egal, wie unangenehm die Fragen auch sein würden:

„Es darf in der Tat nicht so sein“, so Lambertz, „dass Journalisten, die für den einen oder anderen Unangenehmes aufdecken, sozusagen von Rats wegen einen Maulkorb verhängt bekommen. Aussagen, wie diejenigen, die ich jetzt zitieren werde, darf es nie mehr aus dem Munde eines Politikers geben. Zitat aus einem Brief an den Präsidenten des BRF: ‚Wegen der schwerwiegenden Verletzung der Berufspflicht, dies obendrein im Wiederholungsfalle, möchte ich Sie dringend bitten, Herr Präsident, die geeigneten disziplinarischen Maßnahmen zu ergreifen‘. Ende des Zitats. Dies ist kein Brief irgendeines PDB-Politikers an den jetzigen Präsidenten des BRF. Das ist ein offener Brief, den man am 18. September 1984 im Grenz-Echo lesen konnte, als ein BRF-Journalist damals unangenehme Sachzusammenhänge, Indizien – um die Terminologie von Kollege Evers aufzugreifen – ans Tageslicht befördert hatte, die die Verstrickung gewisser Aachener Politiker in die Opus-Dei-Szene beinhalteten. Dieser Brief stammte vom damaligen Präsidenten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft. So etwas darf es nie mehr geben! Es wäre schlimm, wenn wir zumindest nicht die Schlussfolgerung ziehen würden, dass die Journalisten in Ostbelgien nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, alles aufzudecken, was der eine oder andere aus mehr oder weniger akzeptablen Gründen zu verbergen sucht.“<sup>47</sup>

Die Vehemenz, mit der in der ersten Niermann-Ratsdebatte über das Thema Pressefreiheit diskutiert wurde, zeigt deutlich, dass die „gesamte Diskussion“ nicht nur ein „Stück Debatte um die Vergangenheitsbewältigung“ war, wie AVZ-Redakteur Timmermann es knapp zusammenfasste.<sup>48</sup> Sie war vielmehr auch ein Lehrstück darüber, wie eng verflochten mediale und politische Institutionen in Ostbelgien waren – und zum Teil noch immer sind – und welche kommunikativen Eigendynamiken sich in Momenten krisenhafter Polarisierung der öffentlichen Meinung vollziehen können, die keiner der beteiligten Akteure mehr zu kontrollieren vermag. Die „Beziehungsgeschichte“<sup>49</sup> von Medien und Politik ist in sogenannten Medienevents oder Medienhypes dermaßen intensiv und verflochten, dass sich beide gegenseitig bedingen und eine eigene Realität erzeugen. Dieses in der Kommunikations- und Medienwissenschaft mit dem Konzept der Medialisierung beschriebene Phänomen der *mediated construction of reality* zeigt sich in geradezu exemplarischer Weise im Fall der Niermann-Affäre.<sup>50</sup> Auch der in vielen Teilen recht vage und allgemein for-

## Kommentar

### Wo bleibt der Schlußstrich?

Von „außenpolitischem Schaden“ durch die Hermann-Niermann-Stiftung sprach Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Herbert Schnoor im Interview mit unserer Zeitung. Es war nicht die einzige Aussage des Düsseldorfer Schirmherrn über alle private Stiftungen dieses Bundeslandes, die dazu veranlaßt, die endgültige Bereinigung in Ostbelgien erst einmal in weite Ferne zu rücken.

Daß wir Ende 1993 noch die Aufarbeitung desjenigen abwarten, was Mitte 1987 schon für Schlagzeilen in Ostbelgien gesorgt hat, ist auf das deutsche Stiftungsrecht zurückzuführen und auf die allzu schleppende Bereitschaft der Regierung in Nordrhein-Westfalen, dort nach dem Rechten zu sehen, wo das Geld bar ausgezahlt und als Spende von „Onkel Hermann“ zur politischen Zielsetzung über die Grenze geschleust worden war.

Wie weit sind wir denn noch

vom Schlußstrich entfernt? In kaum einer Veranstaltung fehlt heute der Hinweis, versteckt oder offen, auf Niermanns Großzügigkeit und auf dessen Spenden für die PDB damals oder auf die Gelder der Stiftung für das InED, Agora und andere heute noch. Wenn wir an einen Untersuchungsausschuß des RDG denken, der erst noch eingesetzt werden soll, an die dann zu erwartenden Verdächtigungen und vorläufigen Schlüsse, kann das schöne Lied von der hochgelobten Autonomie gründlich verstimmt klingen.

Es bleibt uns heute wie zuvor schon der Rat, das viele Geld der Stiftung dort zu belassen, wo es herkommt, damit es dann wirklich notleidenden Minderheiten etwa im Osten Europas voran helfen kann. Ostbelgien muß doch nicht mit deutschen Fördermitteln versorgt werden – so, als gelte es, die gefährdete Pflanze der Autonomie zu schützen. Mit

Geld der Stiftung müssen auch keine Schulen mehr ausgebaut werden. Wenn der Haushalt 1994 der Gemeinschaft demnächst im RDG debattiert wird, zeigt sich erneut, daß wir selbst über ausreichend Mittel verfügen, um jene wertvolle Kulturarbeit zu finanzieren, die jetzt immer noch Niermann-Geld in Anspruch nimmt.

Ein Schritt zur allseits gewollten Befriedung wäre, im Niermann-Haushalt alle Empfänger in der »deutschen Volksgruppe Belgiens« aus den Listen zu streichen. Damit keiner wichtigen Kulturförderung die Mittel entzogen würden, sollte der RDG in Eupen seiner Aufgabe nachkommen und dafür sorgen, daß die Arbeit von InED oder Agora mit dem Geld der Gemeinschaft fortgesetzt werden kann. Dann könnte die notwendige Aufarbeitung der Niermann-Vergangenheit ohne täglich zunehmende Belastung erfolgen.

Heinz Warny

„Wo bleibt der Schlußstrich?“, so fragte Grenz-Echo Chef-Redakteur Heinz Warny in seinem Kommentar vom 4. November 1993. Dass dieser noch lange auf sich warten lassen sollte, ahnte Warny damals wohl schon.

mulierte Abschlussbericht der Untersuchungskommission des RDG aus dem Jahr 1997 kommt zu dem Schluss, dass „die Diskussion um die Hermann-Niermann-Stiftung in der Presse eine beträchtliche Eigendynamik entwickelt“ hat.<sup>51</sup> „Damit“, so der Untersuchungsbericht abschließend, „war der Grundstein für eine Auseinandersetzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelegt, die bis dato andauert und die nicht zuletzt zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung führte.“<sup>52</sup>

### Wo bleibt der Schlußstrich?<sup>53</sup>

In der Tat war der Kampf um die Deutungshoheit über die politische Bedeutung und die gesellschaftlichen Folgen der Affäre für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit der ersten Phase der medialen wie parlamentarischen Auseinandersetzung keineswegs abgeschlossen. Zwar beruhigte sich die öffentliche Debatte nach den erregten Parlamentsdebatten im Herbst 1987 deutlich, aber regelmäßig trat das Thema wieder prominent in die Öffentlichkeit, etwa mit der Veröffentlichung des „Berichts der Exekutive zur ‚Affäre um die Hermann-Niermann-Stiftung‘“ im Oktober 1990.<sup>54</sup> Wesentliche Impulse zur Wiederbelebung der öffentlichen Debatte entstanden durch zunehmende Verla-

## B.K. oder Purzelbaum(schläger)

Daß der Herr Bruno Kartheuser viel und allherhand schreibt, dürfte ja bekannt sein. Daß er aber seit längerer Zeit nun auch noch unter die Akrobaten gegangen ist, konnte ich in seinen letzten Leserbriefen erkennen.

Vor vielen Jahren ließ er doch ganz anders Dampf ab. Da war doch so vieles, was ihm hier in Belgien ganz und gar nicht paßte. Nun scheint es mir aber, das Land hat seinen Sohn wieder.

Es geschehen doch noch Zeichen und Wunder und ich freue mich. Er ist nun zum Mahner geworden und will sein Volk vor Schaden oder Irrwegen bewahren. Schade, daß er mit solch spitzer Feder schreibt. Gemäßigtere Töne stünden ihm vielleicht auch mal gut.

Jedoch mehrere Fragen drängen sich mir auf. Woher diese

kolossale Kehrtwendung, woher dieser Purzelbaum, wieso hängt er sein Fähnchen in anderen Wind? Hat er gedacht, seine früheren Schreiben seien vergessen?

Ich bin wohl ganz sicher: Weder unser Bürgermeister- und Schöffenkollegium, noch der Herr Kurt Fagnoul führen Schlechtes im Sinn bei der Gestaltung der Feierlichkeiten der Gedenkfeiern zur Befreiung.

Ganz im Gegenteil, Versöhnung, Handreichen und Freunde sein sowie Dank und Mahnung zugleich zum Gedenken der Opfer, das kann und ist nur das Ziel dieser Herren.

Uns allen, verehrte Leserinnen und Leser, wünsche ich von Herzen viel Freude und vor allem Frieden.

Willy Schaus, St.Vith

Ein Teil der öffentlichen Debatte über die Niermann-Affäre wurde in den Leserbriefen des Grenz-Echo ausgetragen. So wunderte sich Willy Schaus aus St.Vith über die kuriose Metamorphose des Bruno Kartheuser, der im Zuge der Niermann-Debatte vom Saulus zum Paulus wurde.

gerung des Konflikts vom journalistischen auf das juristische Parkett: Die Hermann-Niermann-Stiftung verklagte im September 1992 erst Freddy Derwahl und zwei Jahre später dann auch Bruno Kartheuser in seiner Funktion als verantwortlicher Herausgeber der Literaturzeitschrift „Krautgarten“ wegen Verleumdung. Den Klagen waren ein Report-Interview von Derwahl<sup>55</sup> und mehrere Leitartikel des Krautgartens<sup>56</sup> vorausgegangen, und in beiden Fällen entschieden Gerichte in Eupen und Lüttich letztlich zugunsten der Stiftung.

Im Interview mit Derwahl im September 1992 fragte Report, wann diese „triste Geschichte“ denn nun endlich ein Ende haben werde und wer etwas tun könne, „um diese unendliche Affäre zu einem für alle akzeptablen Ende“ zu bringen.<sup>57</sup> Auch Grenz-Echo-Chefredakteur Heinz Warny fragte in einem Kommentar vom November 1993, wo denn der Schlußstrich bleibe:

„Wie weit sind wir denn noch vom Schlußstrich entfernt? In kaum einer Veranstaltung fehlt heute der Hinweis, versteckt oder offen, auf Niermanns Großzügigkeit und auf dessen Spenden für die PDB damals oder auf die Gelder der Stiftung für das InED, Agora und andere noch heute. Wenn wir an einen Untersuchungsausschuß des RdG denken, der erst noch eingesetzt werden soll, an die zu erwartenden Verdächtigungen und voreiligen Schlüsse, kann das schöne Lied von der hochgelobten Autonomie gründlich verstimmt klingen.“<sup>58</sup>

Für Warny war klar, dass ein Ende der Debatte nur um den Preis zu erreichen war, „das viele Geld der Stiftung dort zu belassen, wo es herkommt. [...] Ostbelgien muss doch nicht mit deutschen Fördermitteln versorgt werden“.<sup>59</sup>

In der Tat hatte der „Geldsegen“ von „Onkel Niermann“ mittlerweile erstaunliche Ausmaße angenommen. Rechnet man das im Untersuchungsausschuss aufgelistete Fördervolumen der Hermann-Niermann-Stiftung für die Zeit vor dem Amtsantritt von Lorenz Paasch als Geschäftsführer (1978-1986 = 2,5 Mio. DM) mit dem Fördervolumen der HNS von 1987 bis zur Einstellung der Förderung im Jahr 1994 zusammen, so beläuft sich das geschätzte Gesamtfördervolumen auf 7,5 Mio. DM (umgerechnet 150 Mio. belgische Franken).<sup>60</sup> Von 1984 bis 1994 wurden seitens der Regierung / des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft Fördermittel in Gesamthöhe von 450 Mio. BFR an Kulturträger in der DG ausgezahlt. Auch wenn die DG natürlich keine Mittel zur Parteienfinanzierung der PDB oder zur Unterstützung des Wegweisers gezahlt hat, ist es doch erstaunlich, dass die Hermann-Niermann-Stiftung ein Drittel der Fördermenge der DG aufgewandt hat, um „Minderheitenschutz“ in Ostbelgien zu betreiben. Dass ausgerechnet der frühere PDB-Parteisekretär, wortgewaltige Verteidiger und Schwager von Lorenz Paasch für seine Literaturarbeit von diesem Geldsegen ausgenommen wurde – ein entsprechender Antrag auf Förderung des Krautgartens war im April 1990 bei der Niermann-Stiftung eingegangen und abgelehnt worden –, sorgte in den kommenden Jahren für eine ideologische Metamorphose des Bruno Kartheuser, der sich sprichwörtlich vom Saulus zum Paulus wandelte.<sup>61</sup> Selbst Freddy Derwahl, der sich über die „neue Nachbarschaft“ zu Bruno Kartheuser wundern musste, qualifizierte ihn in seinen Lebenserinnerungen als begabten Querulanten, „der sich nunmehr als antifaschistischer Anführer der Niermann-Gegner aufspielte“.<sup>62</sup>

## Katharsis oder vererbtes Trauma?

Tatsächlich kam es nach der Empfehlung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 1994, keine Fördermittel der Hermann-Niermann-Stiftung mehr anzunehmen, gut einen Monat später seitens der Stiftung zu dem Beschluss, die Förderung ostbelgischer Projektanträge in Zukunft einzustellen. Damit endete zwar der Geldfluss, nicht aber die „größte Affäre der ostbelgischen Nachkriegsgeschichte“.<sup>63</sup> Die mentalitätshistorischen Spuren, welche die Niermann-Affäre im kollektiven Gedächtnis der deutschsprachigen Belgier eingeschrieben hat, sind selbst in der Gegenwart noch greifbar.<sup>64</sup> In den Fokus der Auseinandersetzung sind dabei aber nicht die historischen Fakten geraten, sondern diejenigen, welche sie aufzuarbeiten und zu interpretieren versuchen.

Die episodisch wiederkehrenden Debatten um die Niermann-Affäre, die bis heute eng mit der Problematik der Vergangenheitsbewältigung in Ostbelgien verknüpft sind,<sup>65</sup> haben aber nicht den psychologischen Effekt einer Katharsis ausgeübt. „Die Verheißung einer therapeutisch gedachten Katharsis enthält auch eine – bewusste oder unbewusste – apologetische Dimension, indem sie verspricht, die Gegenwart der Vergangenheit zu beenden und die Nachkriegsdeutschen endlich von einer schweren historischen Last zu befreien“, so Frank Biess.<sup>66</sup> Dieser Entlastungseffekt ist in Ostbelgien nicht eingetreten; vielmehr lassen sich die bis heute schwelenden Konflikte zwischen damaligen Protagonisten der Niermann-Affäre<sup>67</sup> und die Übertragung „historischer Verantwortung“ auf Geschichtsforscher und nachfolgende politische Generationen als verzweifelter Versuch einer diskursiven Verarbeitung persönlicher wie historischer Traumata begreifen. Die Verlagerung der Auseinandersetzung zwischen zentralen Protagonisten der Niermann-Affäre auf die juristische Ebene hat zwar zu Rechtsprechung in Fragen der Verleumdung und Beschuldigung falscher Tatsachen geführt, zur historischen Wahrheitsfindung haben diese Prozesse jedoch nicht beigetragen.<sup>68</sup>

### Endnoten

- 1 Die Monopolstellung des Grenz-Echos wurde nur durch die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkszeitung gebrochen, die von 1956 bis 1991 erschien und lange Zeit von dem aus Hauset stammenden Ostbelgier Willy Timmermann geleitet wurde.



*Katharsis oder vererbtes Trauma? Die mentalitätshistorischen Spuren der „Niermann-Affäre“ sind bei einigen historischen Akteuren bis heute sichtbar. Neuerdings ziehen sich auch ostbelgische Historiker den Zorn von B.K. zu, befeuert von „Ostbelgien direkt“-Herausgeber Gerard Cremer und zahllosen anonymen Stellungnahmen, die jegliche Objektivität missen lassen.*

Es ist nicht das Ziel dieses Beitrags, einen therapeutischen Beitrag zur Verarbeitung des ostbelgischen Traumas „Niermann-Affäre“ zu leisten oder aus diesem Ereignis eine kollektivpsychologische, regionale Pathologie abzuleiten. Vielmehr geht es darum, die Eigendynamik eines historischen Ereignisses aufzuzeigen, dessen tieferliegende emotionalen und erfahrungsgeschichtlichen Schichten im Kontext des verdichteten kommunikativen Medienevents zutage getreten sind. Die Niermann-Affäre kann in diesem Sinne als Ausdruck einer ostbelgischen Gefühlskultur und eines „emotionalen Regimes“ gedeutet werden, in denen spezifische Ängste zum Ausdruck kamen, allen voran die „Vergangenheitsangst“,<sup>69</sup> die im Kontext des Aufkommens rechtsradikaler und neofaschistischer Parteien neuen Auftrieb erhielt.

Siehe Freddy Derwahl, Die Agentur Tim. Erinnerungen an die Ostbelgien-Ausgabe der Aachener Volkszeitung 1965-1991, in: Heinz Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte deutschsprachige Zeitung in Ostbelgien, Eupen 2007, S. 249-265.

- 2 Vgl. Werner Mießen, Der Grenzland-Report, in: Warny (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte, S. 267-279.
- 3 Vitus Sproten, Der Klang des Strukturwandels. Die Geschichte der Freien Radios in den Niederlanden, Belgien und Nordrhein-Westfalen 1975-1990, Göttingen 2022.
- 4 Andreas Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt. Die ostbelgischen Medien als Akteur der Autonomiedebatte, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.): Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2013, S. 218-235.
- 5 Hervorhebung durch den Autor. Siehe Interview mit dem Ostbelgien-Direkt-Gründer Gerard Cremer im BRF, 28.9.2012. Siehe dazu auch <https://brf.be/regional/416626> (18.04.2023): Der erste Kommentar hierzu auf der BRF-Webseite von Peter Ruymans lautete: „Toll, dann bekommen die sich im Internet tummelnden ostbelgistanischen ‚Wutbürger‘ ja eine neue Spielwiese.“
- 6 Die Hermann-Niermann-Stiftung, benannt nach dem Düsseldorfer Stiftungsgründer Hermann Niermann (1905-1985), wurde am 1. Dezember 1977 mit einem Stiftungsvermögen von 21 Mio. DM gegründet. Am 11.4.1978 wurde ihr die Gemeinnützigkeit durch Genehmigung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen zuerkannt. Zu den ersten Mitgliedern des Kuratoriums der HNS gehörte der Ostbelgier Walther Janssen, der auch das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte. Zum Vorsitzenden wurde der rechtsnationale Staatsrechtler Prof. Freiherr von der Heydte gewählt. Wesentliche Triebfeder bei der Gründung und zentraler „Berater“ des Stifters bei der Bestimmung der Mittelvergabe war der Österreicher Dr. Nobert Burger. Burger (1929-1992) war 1957 Mitgründer des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), seit 1961 wegen Vorbereitung und Beteiligung an Sprengstoffanschlägen in Südtirol bzw. Italien mehrfache Inhaftierungen, Gerichtsverfahren und Verurteilungen zu z. T. langjährigen Freiheitsstrafen in Österreich, Italien (dort in Abwesenheit) und in der Bundesrepublik Deutschland, u. a. 1965 und 1967 Hauptangeklagter in den großen Südtirolprozessen in Graz und Linz. Er war zeitweise Mitglied der FPÖ, 1967 Mitgründer der österreichischen Nationaldemokratischen Partei (NDP; 1988 verboten), seit 1975 aktiv in der österreichischen Kommunalpolitik, 1978 Mitglied der Aktion Neue Rechte (ANR), 1980 Kandidat bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl. Janssen, der u. a. Mitherausgeber des völkisch angehauchten Wegweisers in Ostbelgien war, war für die Auszahlung der Niermann-Gelder in Ostbelgien verantwortlich. Die jährlichen Fördermittel wurden auf ein Konto bei der Stadtparkasse überwiesen, dort von Janssen nach Bedarf abgehoben und 1986 bar an die diversen Empfänger ausgezahlt. Diese krasse Missachtung buchhalterischer Mindeststandards führte – neben anderen Ungereimtheiten – am 31.10.1986 zur Einsetzung eines von der nordrhein-westfälischen Stiftungsaufsicht eingesetzten Sachverwalters (Dr. Tondorf). Eine sehr ausführliche Beschreibung der Tätigkeit von Walther Janssen in der HNS findet sich auf seiner Webseite: <https://www.waltherjanssen.eu/die-familie-1/die-80-er-jahre/niermann-1979-1982> (18.04.2023).
- 7 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997.
- 8 Norbert Meyers, „Aussteiger des Jahres“ kehrt St. Vith den Rücken, in: Grenz-Echo, 12.8.1987; ders., „Junge, komm bald wieder...“, ebd.
- 9 Tonarchiv BRF, 10299859, Aktuelle Stunde, 21.8.1987. Die Deutschlandstraße war eine Erfindung von Derwahl; sie existiert in Düsseldorf nicht.
- 10 Freddy Derwahl, Der „Onkel Hermann“, in: Grenz-Echo, 22.8.1987.
- 11 Siehe „Der Brandstifter ist schuld, und nicht der Feuerwehrmann!“. Report-Interview mit dem BRF-Journalisten Freddy Derwahl über die Niermann-Affäre und deren Folgen für unser Gebiet, in: Grenzland-Report, 4.9.1987, S. 11. In seinen Lebenserinnerungen deutet Derwahl die damalige Eskalation ex post folgendermaßen: „Hätte Paasch nicht diese autoritäre Sprache angesprochen, hätte auch ich ruhiger geantwortet. [...] Doch nichts davon – die Dinge nahmen einen verhängnisvollen Verlauf.“ Freddy Derwahl, Auf dem Marktplatz. Lebenserinnerungen, Hillesheim 2019, S. 149.
- 12 Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), 3-134, Nr. 1071, Brief von Lorenz Paasch an den Verwaltungsrat vom Belgischen Rundfunk, 3.9.1987.
- 13 Vgl. Pierre Milza, L'Europe en chemise noire. Les extrêmes droites européennes de 1945 à aujourd'hui, Paris 2002.
- 14 PFF fordert lückenlose Aufklärung. Welche Verbindungen zwischen PDB und Stiftung?, sowie CSP-Fraktion zum Thema „Die PDB im Sog von Rechtsradikalen?“, in: Grenz-Echo, 25.8.1987.
- 15 SAE, 3-134, Nr. 1071, Abschrift des Kommentars von Peter Thomas zur Niermann-Affäre, 10.9.1987.
- 16 Gerard Cremer, Klima ist vergiftet, in: Grenzland-Report, 4.9.1987.
- 17 Das Institut für Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet Belgiens (InED), dessen Statuten am 24.2.1977 im Moniteur belge veröffentlicht wurden, hatte laut Satzung „Erwachsenenbildung im Gebiet deutscher Sprache im Bereich des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens zum Ziel, um eine tatsächliche Gleichberechtigung des Gebietes deutscher Sprache im Belgien der Regionen zu erreichen“ (Paragraph 3). Zu den Gründungsmitgliedern zählten Klaus Baltus, Josef Dries, Bruno Kartheuser, Michel Louis, Wolfgang Ohm, Lorenz Paasch, Gerhard Palm, Rudolf Pankert, Wilhelm Pip, Richard Reip und Dieter Thielen. Sitz war der Wohnort von Rudolf Pankert in Eupen, zum Vorsitzenden wurde Lorenz Paasch bestimmt. Wie sich aus der Namensliste ergibt, handelte es sich bei der InED de facto um den kulturpolitischen Arm der PDB. Dessen war sich auch Kulturhauptinspektor Firmin Pauquet bewusst, der sich in mehreren Briefen an die beiden Mitglieder der Lütticher Provinzialregierung Egide Moreau und Marcel Laruelle sowie den Erziehungsminister Antoine Humblet wandte, um sich vehement gegen eine Förderung des InED auf Provinzebene auszusprechen. Bei den Verantwortlichen des InED handelte es sich um „des autonomistes, certains parmi les plus fervents“ wie etwa Josef Dries. In einem Brief an Humblet vom 24.3.1979 heißt es: „Je souhaite vivement que la Députation permanente n'accorde pas l'agrégation à ce groupement en raison de son caractère fasciste camouflé, mais en invoquant adroitement des raisons techniques où budgétaires [...] Pour ne pas provoquer de hauts cris de ‚Martyrs‘, je suggère que le Service des Affaires Culturelles accorde une aide ponctuelle pour certains manifestations bien précises. Le principal animateur, Mr. Bernd Peil, a des attitudes de feldweibel prussien que me déplaisent beaucoup [...] Je vous remercie d'avance de votre vigilance, ces groupes s'intégrant dans renouveau fasciste des plus dangereux.“ SAE, 3-198, Nr. 504.
- 18 Freddy Derwahl, Die kalte Dusche, in: Grenz-Echo, 29.8.1987.
- 19 Die PDB nimmt Stellung: Die Hexenjäger sind wieder unter uns, in: Grenz-Echo, 2.9.1987.
- 20 Dass sich die PDB-Spitze der politischen Brisanz und potenziellen Sprengkraft der Annahme von Spendengeldern einer deut-



- schen Stiftung zur Förderung parteipolitischer Aktivitäten und kultureller Initiativen von Anfang an bewusst war, hat Lorenz Paasch in einem Schreiben an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Fritz Behrens vom 17. April 1987 offen zugegeben. Die InED und die PDB, so Paasch, hätten sich „im Bewusstsein des politischen Risikos“ für die Annahme von Spenden der Hermann-Niermann-Stiftung entschieden. „Allerdings“, so fügte er hinzu, „sollte das Bekanntwerden dieser Zuwendungen möglichst vermieden werden. [...] „Aufgrund der besonderen historischen Entwicklung unseres Gebietes seit dem Versailler Vertrag und der allgemeinen deutschen Vergangenheit sind jedoch finanzielle Zuwendungen aus Deutschland für deutsche Minderheiten im Ausland allgemein und speziell für die deutsche Minderheit in Belgien problematisch, sowohl für den Spender als auch für den Empfänger, der – und seien die Quellen der Zuwendungen noch so sauber und der Empfänger noch so frei von jeglicher ‚Volkstümelei‘ – sehr schnell politisch ‚fertiggemacht‘ werden kann von den Gegnern in- und außerhalb der deutschen Minderheit.“ SAE, 5-289/6, Brief von Lorenz Paasch an Regierungspräsidenten Fritz Behrens, vertraulich/persönlich, betrifft: Gemeinnützige-Hermann-Niermann-Stiftung. Zuwendungen an die deutsche Minderheit in Belgien, Sankt Vith, 17.4.1987, 5 maschinengeschriebene Seiten.
- 21 Freddy Derwahl, Die kalte Dusche, in: Grenz-Echo, 29.8.1987.
- 22 Bruno Kartheuser, Leserbrief zum Leitartikel „Die kalte Dusche“, in: Grenz-Echo, 31.8.1987.
- 23 Lorenz Paasch im Gegenangriff. Geld von der Niermann-Stiftung in Ostbelgien gut angelegt, in: Grenz-Echo, 7.9.1987.
- 24 SAE, 3-134, Nr. 1071, BRF-Aktuell, Stellungnahme von Lorenz Paasch, 5.9.1987. Das Interview führte Dr. Martin Steins.
- 25 SAE, 3-134, Nr. 298, Martin Steins, Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre, 4 maschinengeschriebene Seiten, 2.09.1987.
- 26 Peter E. Nasarski (Hrsg.), Wege und Wandlungen. Die Deutschen in der Welt heute, Berlin 1981. Heinz Schillings und Walther Janssen waren Herausgeber des Wegweisers, des vom Rat der deutschen Volksgruppe verantworteten Blattes, welches offen für eine Verteidigung der deutschen Nationalzugehörigkeit der Ostbelgier eintrat und dies mit völkisch angehauchter und offen revanchistischer Rhetorik tat. Sekretär des Wegweisers war lange Zeit der PDB-Politiker Josef Dries.
- 27 SAE, 3-134, Nr. 298, Martin Steins, Neue Querverbindungen in der Niermann-Affäre, 4 maschinengeschriebene Seiten, 2.09.1987.
- 28 Vgl. SAE, 3-134, Nr. 298, Aktennotiz von Peter Moutschen an Peter Thomas betreffend „Zwischenfälle, die sich in und nach der Pressekonferenz von L. Paasch am 05.09.1987 in St. Vith ereignet haben“.
- 29 SAE, 3-134, Nr. 298, Brief von Freddy Derwahl an Peter Moutschen, Eupen, 9.9.1987.
- 30 SAE, 3-134, Nr. 298, Note an den Ständigen Ausschuss und an den Verwaltungsrat des BRF (streng vertraulich) von Peter Moutschen, Eupen, 8.12.1987, 9 maschinengeschriebene Seiten.
- 31 Vgl. SAE, 3-134, Nr. 298, Dienstnote von Martin Steins an Peter Moutschen, betrifft: „Vorschlag zur Ergreifung einer Disziplinarmaßnahme durch die BRF-Verwaltungsgremien“, 27.10.1987, 7 maschinengeschriebene Seiten. In dem Schreiben heißt es u. a. unter Punkt 19: „Ich bin nicht bereit hinzunehmen, dass das in der breiten Öffentlichkeit zunehmend diskutierte Versagen der BRF-Leitung meiner Person exemplarisch und in der o.e. diskriminierenden Form aufgebürdet werden soll. Wenn man den Sender nach dem Motto ‚Härtere Gangart‘ sanieren will, dann muss man oben anfangen. Ich stelle dem Disziplinarausschuss anheim, sich mit der Personalpolitik und den Führungsqualitäten der Verantwortlichen zu befassen, statt mit einem Zwischenruf unter Presse-Kollegen.“
- 32 Siehe Tonarchiv BRF, 9 Bänder, 10354295 (Teil 1), 10354371 (Teil 2), 10354402 (Teil 3), 10356921 (Teil 4), 10356954 (Teil 5), 10357039 (Teil 6), 10401264 (Teil 7), 10408075 (Teil 8) und 10408502 (Teil 9). Für diese RDG-Debatte liegt, wie für alle RdK-/RDG- und Parlamentsdebatten, ein Transkript vor. Trotz der wortgetreuen Wiedergabe – das Transkript dieser Sitzung umfasst 84 Seiten (!) – liefert die Tonaufzeichnung eine authentischere mediale Repräsentation als das Transkript, in dem wichtige Informationen wie Sprachduktus, Betonungen, Pausen, Zwischenrufe oder Applaus verloren gehen, auch wenn sie teilweise im Transkript notiert werden. Für eine politische Emotionsgeschichte sind audio- und audiovisuelle Aufzeichnungen daher von großem Wert. Siehe Harun Maye/Cornelius Reiber/Nikolaus Wegmann (Hrsg.), Original / Ton. Zur Mediengeschichte des O-Tons. Mit Hörbeispielen auf CD, Konstanz 2007.
- 33 „Es begann im August 1987“, dreiseitiges Typoskript von Heinz Warny (undatiert), in: Privatarhiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny.
- 34 In den oben zitierten Aufzeichnungen von Heinz Warny heißt es weiter: „Über den Fall Niermann liegt eine umfangreiche Akte vor. Sie ist nicht vollständig, zeigt aber, daß der Redaktion hier stets der Wille von AK und FD aufgezwungen worden ist. Jeder, auch noch vorsichtige Einwand, wurde als Bekenntnis zur Seite der Beschuldigten ausgelegt. Ich selber habe immer versucht, korrekt zu handeln. Leider hat das Vorpreschen von Freddy Derwahl mit der Mobilisierung der Inlandspresse schnell alle Türen zugeschlagen. Ich bin überzeugt, dass seriöse Recherchen vor der ersten Veröffentlichung weit mehr ans Tageslicht gebracht hätten. Doch wollten A.K. und F.D. eben dies in meiner Abwesenheit verhindern.“
- 35 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 80.
- 36 Heinz Warny, „Wer Grenz-Echo sagt, der sagt Michel“. Der erste Chef des Grenz-Echo liebte die Auseinandersetzung, in: ders. (Hrsg.): Zwei Jahrhunderte, S. 129-145.
- 37 Heinz Warny, Neuer Chef, Neuer Zeitungskopf. Grenz-Echo 1965-2007, in: ders. (Hrsg.), Zwei Jahrhunderte, S. 108.
- 38 Vgl. Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 218-235.
- 39 Derwahl, Lebenserinnerungen, S. 71.
- 40 Ebd. Die von Derwahl unterstellte SA-Mitgliedschaft von Toussaint konnte bisher nicht nachgewiesen werden.
- 41 Privatarhiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, Brief von Heinrich Toussaint an Bruno Kartheuser, 30.10.1972.
- 42 Privatarhiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, Meinungen...Standpunkte. Kritische Anmerkungen zu den Methoden einer Zeitung, Schreiben von Bruno Kartheuser an Heinrich Toussaint, 16.10.1972. Auch Alfons Thunus, den Heinrich Toussaint zwecks Möglichkeit der Publikation einer „freien Tribüne“ im Grenz-Echo angeschrieben hatte, beschwerte sich am 17. Oktober 1972 über den Leserbrief von Toussaint vom 27. September und die Zensur bzw. Kürzung des daraufhin von Kartheuser eingesandten Leserbriefs: „Wissen Sie, dass Sie für die Undeutlichkeiten des in der ‚Rubrik‘ erschienenen Beitrags von Bruno Karthäuser [sic] verantwortlich sind? Ich nehme an, dass es eine heimtückische Ente war, die den Text entstellte. Warum wurde nicht in einer folgenden Ausgabe – vor den Leitartikeln – auf den unterlaufenen Fehler hingewiesen? Hinzu erlaube ich mir noch folgende Überlegung: Äußerungen wie ‚hysterisch‘ usw. sind Ausdrücke, die wir regelmäßig in Stellungnahmen der KP der UdSSR über oppositionelle Kräfte lesen! Fest bleibt meine Überzeugung, dass Sie in diesem Falle unbewusst einer von der CSP-Führung abgezielten Mundtot-Machen-Aktion zum Opfer gefallen sind. [...] Für mich ist klar, dass die Entwicklung der Inlandspolitik mit sich bringen wird, dass der deutschen Volksgruppe Belgiens ein erneuter Wechsel des Vaterlandes (zur Wallonie?) nicht erspart wird, es sei denn ...“ Privatarhiv Andreas Fickers, Brief von Alfons Thunus an Heinrich Toussaint, Sankt Vith, 17.10.1972.
- 43 Zum „Fall Schröder“ siehe Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien (1968-1972), Eupen 2001, S. 70 ff., sowie Fickers, Von der Polarisierung zur Meinungsvielfalt, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 231; Vitus Sproten, Ostbelgien hört Ostbelgien. Der Belgische Hörfunk im Kontext der Debatten um die Kulturautonomie der Deutschsprachigen Belgier (1965-1974), Brüssel 2019 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier 11), S. 131 ff.
- 44 Vgl. Mit Bestürzung, in: Grenz-Echo, 18.9.1984 (Veröffentlichung des Schreibens von Betsch an Heinrich Cremer).
- 45 Vgl. Gerard Cremer, Stein(s) des Anstoßes: BRF-Redakteur Martin Steins und Ratspräsident Manfred Betsch gerieten in die Schusslinie, in: Grenzland-Report, 28.9.1984, S. 7.
- 46 Martin Steins, „Ist der Rat denn ein Tribunal?“. Martin Steins nimmt Stellung, in: Grenzland-Report, 12.10.1984, S. 12.
- 47 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 79 f.
- 48 Willy Timmermann, RDG-Diskussion: Kein Glanzlicht, in: Aachener Volkszeitung, 3.10.1987. Wörtlich heißt es dort: „Die gesamte Diskussion war ein Stück Debatte um die Vergangenheitsbewältigung.“
- 49 Siehe hierzu exemplarisch Ute Daniel, Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018.
- 50 Nick Couldry, Andreas Hepp, The Mediated Construction of Reality, London 2016.
- 51 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997, S. 305.
- 52 Ebd., S. 306.
- 53 Heinz Warny, Wo bleibt der Schlussstrich?, in: Grenz-Echo, 4.11.1993.
- 54 Siehe Archiv des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 132 (1989-1990), Nr. 1, Bericht der Exekutive zur „Affäre um die Hermann-Niermann-Stiftung“, Eupen, 27.6.1990.
- 55 Siehe „Ich lehne es ab, mich dreist belügen zu lassen“. Interview mit dem Eupener Autor und Journalisten Freddy Derwahl zu den jüngsten Ereignissen im Zusammenhang mit der Niermann-Stiftung, in: Report, September 1992, S. 19.
- 56 So etwa der Leitartikel „Die Zunge des Matrosen“ im November-Heft 1992 des Krautgartens.
- 57 Ich lehne es ab, mich dreist belügen zu lassen, in: Report, September 1992, S. 19.
- 58 Heinz Warny, Wo bleibt der Schlussstrich?, in: Grenz-Echo, 4.11.1993.
- 59 Ebd.
- 60 Der Umrechnung wurde der Wechselkurs vom 1. Januar 1985 zugrunde gelegt, als 1 DM = 20 Bfr war. Für den Zeitraum von 1978 bis 1986, für den keine exakten jährlichen Zahlen vorliegen, wurde das Mittel von 215.000 DM als Rechnungsgrundlage benutzt, da, laut Aussage des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor gegenüber Ministerpräsident Maraitte vom 15. April 1993 jährlich zwischen 130.000 und 300.000 DM nach Ostbelgien geflossen seien. Siehe RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997, S. 75. Details zu den Zuwendungen und Empfängern im Einzelnen finden sich im Bestand von Walther Janssen im Staatsarchiv (SAE 5-289) sowie auf der Webseite <https://www.waltherjanssen.eu> (13.4.2023). Zur Vorgeschichte der Zahlungen siehe Christoph Brüll, Vom Abklingen der Phantomschmerzen. Die Bundesrepublik und Eupen-Malmedy 1949-1985, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2017/2018), S. 353-384, hier S. 379-383, sowie das Kapitel „Distanz und Kontinuität“ in der virtuellen Ausstellung „Zeitschichten“: <https://timestrata.be/de/perspectives/deutschland-und-die-forderung-der-deutschenkultur-in-ostbelgien> (27.4.2023).
- 61 Siehe Leserbrief von Willy Schaus, B.K. oder Purzelbaum(schläger), in: Grenz-Echo, 30.9.1994. Dort heißt es wörtlich: „Woher diese kolossale Kehrtwendung, woher dieser Purzelbaum, wieso hängt er sein Fähnchen in anderen Wind? Hat er gedacht, seine früheren Schreiben seien vergessen?“
- 62 Derwahl, Auf dem Marktplatz, S. 158. In einer Mail von Freddy Derwahl an Grenz-Echo-Chefredakteur Heinz Warny vom 13. Mai 2004 mokiert sich Derwahl darüber, dass sich Kartheuser öffentlich darüber ausgelassen hatte, ob die von Derwahl publizierte Papst-Biografie über Johannes XXIII. von der DG gefördert worden sei. „Ganz unter uns: zur Ironie der Geschichte gehört, dass ich den Vermerk ‚Mit Förderung der Gemeinschaftsregierung‘ ausdrücklich im Impressum des Buches habe einsetzen lassen, um die parteipolitisch motivierte Pingeligkeit unserer Regierenden fest zu halten. Dass ausgerechnet der seit zehn Jahren freigestellte und jährlich höchstens zwei Literaturhefte herausgebende Kartheuser, aus der bei ihm besonders ausgeprägten Gier und Missgunst darauf herein fällt und gleich offizielle Rechenschaft fordert, zählt zu den zahlreichen Treppenwitzen unseres ‚Kleingliedstaates.‘“ Privatarhiv Andreas Fickers, Nachlass Heinz Warny, E-Mail von Freddy Derwahl an Heinz Warny, 13.5.2004.
- 63 Derwahl, Auf dem Marktplatz, S. 149.
- 64 Siehe Einleitung.
- 65 Siehe Kapitel „Vergangenheitsangst im Plenarsaal“ von Christoph Brüll in diesem Band.
- 66 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Bonn 2019, S. 26.
- 67 Am 7. Dezember 2020 wurde Kartheuser erneut wegen Verleumdung vom Gericht Erster Instanz in Eupen zur Zahlung von 1 Euro Schadensersatz an Paasch und zur Veröffentlichung des Urteils auf „Ostbelgien Direkt“ verurteilt. Mit Datum vom 10. März 2022 hat die 5. Kammer des Appellationshofes das Urteil in Erster Instanz bestätigt. Siehe <https://ostbelgiendirekt.be/streitfall-paasch-gegen-kartheuser-appellationshof-314951> (21.4.2023).
- 68 Zum grundlegenden Unterschied zwischen juristischer und historischer Aufarbeitung vergangener Ereignisse und deren differierenden epistemologischen Positionen im Sinne kritischer historischer Interpretation siehe Carlo Ginzburg, Le Juge et l'historien. Considérations en marge du procès Sofri, Paris 1997.
- 69 Siehe hierzu auch Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, v. a. Episode 8: 100 Jahre umkämpfte Geschichte. Von Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen, S. 125-139.